



LICHTENBERGER REGISTER

ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE IM BEZIRK

In Trägerschaft der:



Das Lichtenberger Register im Jahr 2023 Kulturkampf von rechtsaußen im Lichtenberger Alltag - gestiegene rassistische und LGBTIQ*-feindliche Bedrohungen

Mit 542 dokumentierten Vorfällen setzt sich das weiterhin hohe Aufkommen von diskriminierenden und extrem rechten Meldungen der letzten Jahre fort (2022: 534). Der Anteil der Propagandameldungen bleibt bei ca. 70 %. Die Anzahl der Bedrohungen und Beleidigungen hat sich in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt (2019: 34, 2023: 68). Seit Jahren sind rassistisch motivierte Vorfälle auf einem durchgängig hohen Niveau und machen ein Drittel aller Meldungen aus. Besorgniserregend ist der Anstieg von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen, der sich auch berlinweit besonders stark beobachten lässt. Berlinweit haben sich die queerfeindlichen Vorfälle verdoppelt (2022:241, 2023: 463). Die Hetze gegen LGBTIQ*, die in den sozialen Netzwerken und parlamentarischen Debatten stattfindet, setzt sich in konkreten Angriffen und Bedrohungen fort. Die Auswirkungen der geistigen Brandstiftung, die sich gegen jene richtet, die nicht einem extrem rechten Weltbild entsprechen, zeigt sich auch im Lichtenberger Alltag. Tätliche Angriffe und Bedrohungen gegen besonders marginalisierte Personengruppen, wie zum Beispiel der Angriff in der S-Bahn gegen eine obdachlose Person im Juli, treffen zwar in erster Linie Einzelpersonen. Von ihnen geht aber auch eine Botschaft an alle anderen Menschen aus, die den gleichen Hintergrund haben.

Gestiegen sind auch die gezielten Sachbeschädigungen. Sei es durch abgerissene Regenbogenflaggen oder die Schändung von Denkmälern, die an den Nationalsozialismus erinnern – diese Angriffe richten sich auch gegen Erinnerungsorte und Symbole, die für ein demokratisches und pluralistisches Zusammenleben stehen.

Der Kulturkampf von rechtsaußen zeigt sich auch mit Einschüchterungsversuchen gegen Projekte. Mehrere Einrichtungen in Lichtenberg erhielten über das Jahr verteilt extrem rechte und rassistische Postkarten. Auch das Berliner Register geriet 2023 ins Blickfeld der extremen Rechten. Ein über mehrere Wochen andauernder Shitstorm gegen die Register führte jedoch auch zu einem breit getragenen Unterstützungsschreiben von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Politik und Organisationen.

An der parlamentarischen Stellvertretung der Rechten veränderte sich durch die Neuwahlen für die Bezirksverordnetenversammlung und das Abgeordnetenhaus nur wenig. Bezirksweit entfielen 14 % der Stimmen auf die AfD, sodass sich die Lichtenberger AfD 8 Plätze in der BVV sichern konnte. Sie ist damit die viertstärkste Kraft im Bezirk, einen Stadtratsposten konnte die AfD weiterhin nicht besetzen. In den BVV-Sitzungen dokumentierte das Lichtenberger Register



Register-Rundgang
in Hohenschönhausen
2024

rassistische Wortbeiträge und diffamierende Beiträge gegenüber demokratisch engagierten Personen und Projekten, wie zum Beispiel gegenüber der pad gGmbH.

Mit Blick auf den gesamten Bezirk zeigt sich, dass weiterhin Lichtenberg Mitte und Nord die Hotspots extrem rechter Aktivitäten bleiben. Mit der Schließung des Tattoo-Studios Utgard im Jahr 2023 bleiben jedoch immer weniger Orte für die Organisation der extremen Rechten. Lediglich eine Kneipe im Weitlingkiez bleibt noch als Sammelpunkt der Szene erhalten. Neonazis fühlen sich trotz dessen weiterhin in Lichtenberg wohl-, sei es auf offener Straße, in Kneipen oder bei Fußballspielen.

Aktivitäten von Neonazis

Weiterhin bleibt „Der III. Weg“ der zentrale Akteur der organisierten extremen Rechten. Im vergangenen Jahr konnte ein verstärktes aktionsorientiertes und gewaltbereites Auftreten von Neonazis des „III. Wegs“ und seiner Jugendorganisation „NRJ“ in Berlin beobachtet werden. Während die Aktionsschwerpunkte weiterhin Marzahn und Pankow waren, trat „Der III. Weg“ in Lichtenberg vor allem mit Propagandaaktionen auf. So verteilten Neonazis Flyer an Lichtenberger Schulen. Das Ziel dieser Aktionen ist es weiterhin, neue Mitglieder zu werben.

In Hohenschönhausen sorgten die mutmaßlich rassistisch

motivierten Kellerbrände weiterhin für Verunsicherung und Angst vor neuen Bränden bei den Bewohner*innen. Ermittelt wird im Kontext Brandstiftung gegen eine Gruppe junger Männer, die im Verdacht steht, auch einen Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft geplant zu haben. Die Menschen vor Ort und insbesondere diejenigen, die von rassistischen Anfeindungen betroffen sind, brauchen hier Unterstützung und Solidarität.

Das hohe Meldeaufkommen hat seine Ursache darin, dass die Anwohner*innen des Bezirks zunehmend für Diskriminierung sensibilisiert sind und das Register und die Vorfalldokumentation kennen. Die Kontakte zu weiteren Partner*innen konnten ausgebaut und intensiviert werden, sodass das Lichtenberger Register nun in vielen Bereichen, wie zum Beispiel Ableismus oder Sozialchauvinismus, einen besseren Einblick hat. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle, die Diskriminierung wahrnehmen, sich einmischen und es dem Lichtenberger Register weitergeben. So stellte sich im Juli an der U-Bahnstation Lichtenberg eine Person zwischen einen aggressiven Pöbler und eine queere Person. Häufig konnte nur durch das zivilcouragierte Eingreifen Schlimmeres verhindert werden. Je schneller Menschen im öffentlichen Raum schon bei einer Beleidigung eingreifen, desto eher kann körperliche Gewalt gestoppt werden.

Das Berliner Register

Register sind Stellen in den Berliner Bezirken, die diskriminierende und extrem rechte Vorfälle dokumentieren. Erfasst werden Vorfälle, die rassistisch, antiziganistisch, antisemitisch, antifeministisch, LGBTIQ*-feindlich, behindertenfeindlich oder extrem rechts motiviert sind. Die Vorfälle machen Diskriminierung im Alltag sichtbar. Die Auswertungen der Registerstellen helfen, Verbündete zu finden und gegen Ausgrenzung und diskriminierende Gewalt vorzugehen. Sie geben außerdem

Einblicke in die Aktivitäten der extremen Rechten. Das erste Register wurde 2005 in Pankow gegründet, Lichtenberg folgte 2006 und seit 2016 gibt es in allen Berliner Bezirken eine Registerstelle. Das Lichtenberger Register wird finanziert durch die Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Gemeint sind Vorfälle gegen homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen. LGBTIQ steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer und das Sternchen schließt weitere Geschlechter und Sexualitäten mit ein.

Web: www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: lb@berliner-register.de
Facebook: Lichtenberger Register
Twitter: @LichtenbergerR7
Bluesky: @liregister.bsky.social
Tel.: 030 - 505 665 18
Mobil: 0176 - 16 37 16 35
Stand: 20. März 2024
Redaktion: Jana Adam
Gestaltung: Michael Mallé

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms
„Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz.
In Trägerschaft der pad gGmbH.



V.i.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

Motiv der Vorfälle:

Rassismus

Rassismus bleibt mit 151 Meldungen das zentrale Motiv aller dokumentierten Vorfälle. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Bedrohungen und Angriffen. Hier manifestieren sich die Auswirkungen von rassistischen Debatten aus den Medien und den Parlamenten. Auf einem Kinderspielplatz wurden eine Mutter und ihre Tochter aufgrund von antimuslimischem Rassismus beleidigt und mit einer Flasche angegriffen. Auch im unmittelbaren Nahumfeld der Betroffenen kam es zu Bedrohungen, zum Beispiel in der Nachbarschaft. In einem Wohnhaus, in dem eine Familie über Jahre durch Nachbar*innen schikaniert und Sachen beschädigt wurden, wurde ein Mann dabei gehört, wie er „Ich töte alle schieß Kanaken!“ rief. Rassismus bleibt Kernbestandteil der extrem rechten Ideologie. Das zeigt sich auch bei den Propagandameldungen, wie beispielsweise Aufklebern aus extrem rechten Versandhandeln, die gegen Geflüchtete hetzen.

Politische Gegner*innen

Als politische Gegner*innen der extremen Rechten gelten neben Antifaschist*innen, oder Linke auch die parlamentarischen Vertreter*innen der Linken, SPD und Grünen. Anfang des Jahres wurde ein Vertreter der Linkspartei angegriffen; ebenfalls erhielt eine Politi-

kerin der Linksfraktion eine Morddrohung via E-Mail. Neben zwei Angriffen wurden weitere acht Bedrohungen gegen ausgemachte Feinde der extremen Rechten dokumentiert. Im August wurde eine Person in der S3 von mehreren Personen erst als „Zecke“ beleidigt und später mit einem Messer bedroht. Hierbei handelt es sich oft um Zufallsbegegnungen; die Betroffenen werden von der extremen Rechten beispielsweise aufgrund von Buttons, Patches oder einer bestimmten Kleidung als politische Gegner*innen adressiert.

Auch Projekte, die sich gegen Diskriminierung und die extreme Rechte stellen, geraten in den Fokus. Ein Shitstorm gegen die Berliner Register und die Beratungsstelle „entschwört“ wurde flankiert von parlamentarischen Anfragen der AfD zur pad gGmbH, dem Träger der Projekte.

Rechte Selbstdarstellung

Dokumentiert werden in dieser Kategorie fast ausschließlich Aufkleber, die lediglich für eine extrem rechte Organisation oder einen Online-Versandhandel werben und auf andere Inhalte verzichten. Mit 45 Meldungen schlagen insbesondere Aufkleber der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ und der Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) ins Gewicht. Hierunter fallen beispielsweise Verteilaktionen, bei denen extrem rechte Propaganda in Briefkästen gesteckt wird. Der deutliche Rückgang der Vorfälle in dieser Kategorie (2022: 139), lässt sich auf eine konkretere Zuordnung der Propaganda zu anderen Themenfeldern zurückführen.

Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus

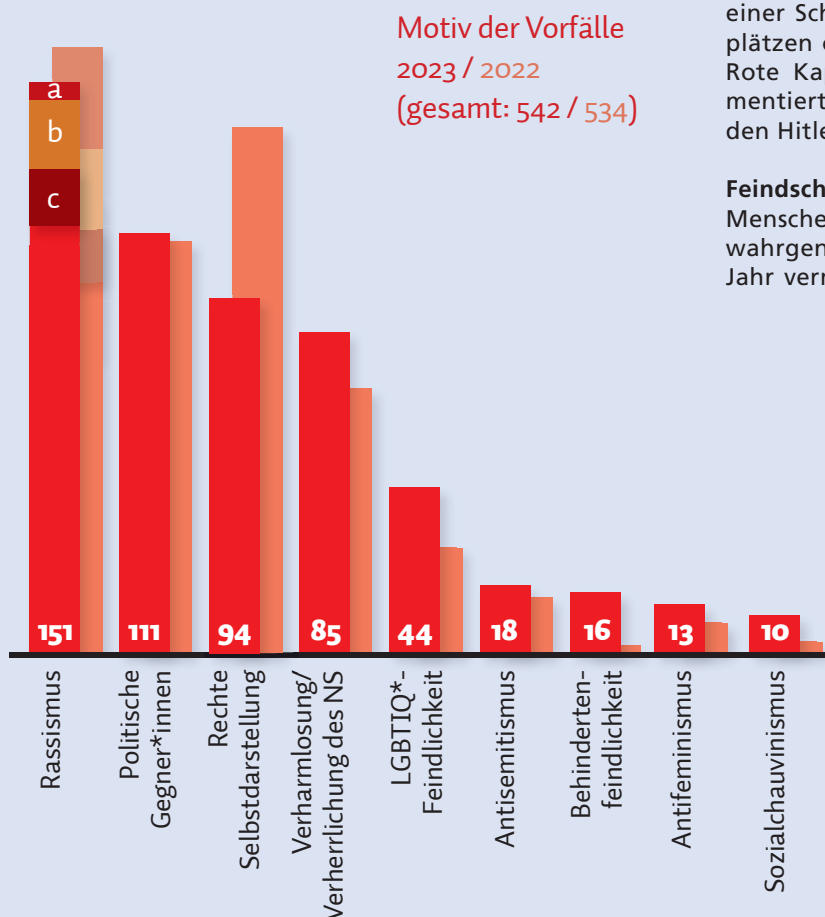
Insgesamt wurden 85 Vorfälle dokumentiert, die sich verharmlosend oder verherrlichend auf den Nationalsozialismus beziehen (2021: 70). 21 Vorfälle von gemalten Hakenkreuzen wurden dokumentiert, darunter an einer Schule, in einem S-Bahnwaggon, an Kinderspielplätzen oder am Denkmal für die Rote Armee und die Rote Kapelle. Ebenfalls wurden sechs Vorfälle dokumentiert, bei denen Personen „Sieg Heil“ riefen oder den Hitlergruß zeigten.

Feindschaft gegen LGBTIQ*

Menschen, die sich als queer verstehen oder als solche wahrgenommen wurden, waren auch im vergangenen Jahr vermehrt Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt

davon:

- a) Antiziganismus (5)
- b) antimuslimischer Rassismus (18)
- c) anti-Schwarzer Rassismus (15)



(2022: 6, 2023: 14). Im Juli wurden drei Frauen in Alt-Hohenschönhausen transfeindlich beleidigt und angegriffen. Sie wurden verfolgt, gefilmt und bespuckt. In den dokumentierten Bedrohungen können wir sehen, dass LGBTIQ*Personen oft als politische Gegner*innen der extremen Rechten adressiert werden. Der Hass gegen LGBTIQ* ist ein Kernbestandteil extrem rechter Ideologie und ein Querschnittsthema der gesamten Rechten. Desinformation spielt dabei eine zentrale Rolle. Zu den Akteuren gehören neben der AfD und transfeindlichen Aktivist*innen auch Neonazis. Die Darstellung queerer Menschen als Gefahr für die Sicherheit von Kindern ist ein weit verbreitetes Desinformationsnarrativ, das aus der extremen Rechten stammt und von rechtspopulistischen Akteuren geteilt wird. Beispielhaft ist ein zahlreich gemeldeter Aufkleber, der eine durchgestrichene Regenbogenflagge zeigt und die Aussage „Pädophilie bekämpfen“ titelt.

Antisemitismus

Mit 18 dokumentierten Vorfällen wurde eine leichte Steigerung von antisemitischen Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr festgestellt (2022: 15). Dennoch zeigt sich eine andere Qualität der Diskriminierungen. Insgesamt wurden fünf antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen dokumentiert. Der bundesweit starke Anstieg von antisemitischen Vorfällen seit dem 7. Oktober hat sich in Lichtenberg – wie in den anderen Berliner Randbezirken – weniger deutlich niedergeschlagen. In den Innenstadtbezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln, haben sich die antisemitischen Vorfälle im Gegensatz dazu vervielfacht. Wie auch in den vergangenen Jahren war eine Lichtenberger Kneipe wiederholt von antisemitischen Bedrohungen betroffen. Zu Beginn des Jahres bedrohte und beleidigte erneut eine Person den Besitzer der Kneipe antisemitisch; wenige Wochen darauf wurde ein Zettel mit antisemitischen Drohbotschaften gefunden. Im Herbst 2023 wurde in die Kneipe eingebrochen, dabei wurde die Zahlenkombination „88“ (Heil Hitler) sowie ein Davidstern mit einem „J“ hinterlassen.

Behindertenfeindliche Vorfälle

Im vergangenen Jahr wurden 16 (2022: 2) behindertenfeindliche/ableistische Vorfälle dokumentiert. Die meisten davon sind dem Bereich der strukturellen Benachteiligung zuzuordnen. So ergaben sich beispielsweise Probleme bei der Beschulung von Kindern, da das entsprechende Fachpersonal fehlte. Häufig waren Diskriminierungen auch auf fehlende Barrierefreiheit zurückzuführen. In drei Fällen konnten Personen ihre Wohnung nicht mehr selbständig erreichen, weil der Fahrstuhl über längere Zeit kaputt war. Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Einrichtungen und Grünflächen stellt Menschen mit Behinderungen immer wieder vor Herausforderungen.

Weiter wurden zwei Vorfälle dokumentiert, die mit unmittelbarer Gewalt gegen Menschen mit Behinderung einhergingen. In einem weiteren Fall wurde eine Person in einer Postfiliale ableistisch beleidigt. Der Anstieg der Meldungen ist insbesondere auf intensivierte Netzwerkarbeit mit Betroffenen und den Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung im Bezirk zurückzuführen.

Sozialchauvinistische Vorfälle

Die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, bleibt auch in Lichtenberg ein drängendes Problem. Menschen ohne Obdach werden aus dem öffentlichen Raum



Hakenkreuze in Hohenschönhausen, © privat

verdrängt, was sich beispielsweise an Platzverweisen an Bahnhöfen, Supermärkten oder öffentlichen Einrichtungen zeigt. Auch der Zugang zum Gesundheitssystem bleibt für viele Betroffene problematisch. Das Ausmaß dieser Diskriminierungen kann das Register nicht in Gänze abbilden. Von Betroffenen und Menschen, die in der Beratung arbeiten, wissen wir, dass der größte Anteil an Diskriminierungen nicht bei den Registerstellen ankommt.

Insgesamt wurden 10 sozialchauvinistische Vorfälle im vergangenen Jahr dokumentiert. Gleich zweimal wurde gemeldet, dass Menschen, die nach Geld fragten, angegriffen wurden. Das Gedenken an obdachlose Menschen wurde ebenfalls mehrfach im vergangenen Jahr gestört. Eine Gedenkplakette an eine verstorbene Person in Alt-Lichtenberg wurde gleich mehrfach zerstört. Der Anstieg der Vorfallszahlen lässt sich insbesondere auf eine zunehmend sensibilisierte Zivilgesellschaft zurückführen, die Obdachlosenfeindlichkeit erkennt und dies dem Register weitergibt.

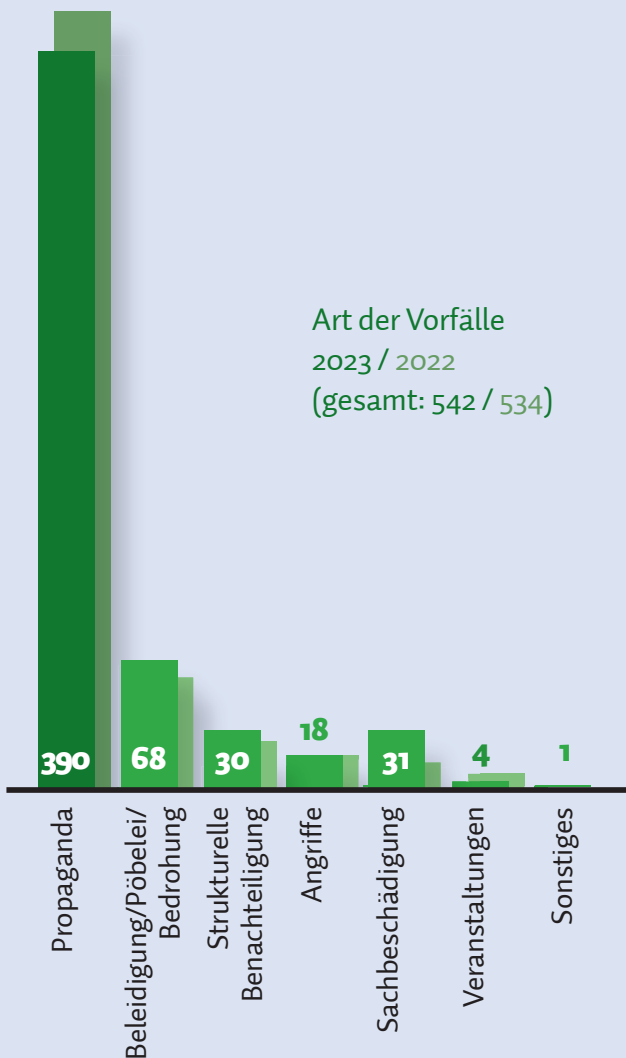
Antifeminismus

Mit 13 Vorfällen machen antifeministische Vorfälle weiterhin einen kleinen Teil der erfassten Meldungen aus. Antifeminismus wurde als Teil reaktionärer Ideologie, die sich gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter ausspricht, insbesondere im Bereich von Propagandameldungen dokumentiert. Beispiele hierfür sind Aufkleber die für den christlich-fundamentalistischen und antifeministischen „Marsch für das Leben“ mobilisieren. Sogenannte „Lebensschützer“ positionieren sich gegen Schwangerschaftsabbrüche und vereinigen sich in Bündnissen mit der extremen Rechten.

Art der Vorfälle:

Propaganda

Weiterhin machen Propagandameldungen mit 390 Vorfällen einen Großteil der Vorfälle aus und verbleiben auf einem durchgängig hohen Niveau (2022: 411). Aufkleber mit Hassbotschaften haben eine einschüchternde Wirkung auf Menschen, insbesondere wenn sie in der Nähe von Schulen, Kindergärten oder Geflüchtetenunterkünften angebracht werden. Sie werden als Markierung des öffentlichen Raums, häufig des eigenen Wohnumfelds angebracht, um diesen zu vereinnahmen. Weiterhin ist der Großteil der gemeldeten Propagandameldungen rassistisch motiviert, dient der extrem rechten Selbstdarstellung oder richtet sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Ein Beispiel hierfür ist ein Graffiti, das Ende des Jahres 2023 auf der Lichtenberger Brücke erfasst wurde. Hier wurde der Schriftzug „C4 for reds!“ neben einem gemalten Hakenkreuz entdeckt. „C4“ ist ein Sprengstoff, als „reds“ werden linke politische Gruppierungen bezeichnet. Neben den bekannten Neonazi-Versandhandeln, die weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen, erscheinen immer wieder Aufkleber mit neuen Motiven. So werden zunehmend KI-generierte Sticker, die Teil einer extrem rechten Meme-Kultur sind, gemeldet.



Extrem rechte Schriftzüge gegen politische Gegner*innen
© privat

Angriffe

Die Angriffe in Lichtenberg bleiben mit 18 dokumentierten Vorfällen auf Vorjahresniveau. Weiterhin gehen zwei Drittel der Angriffe (12) auf rassistische Motive zurück. Ebenfalls wurden Angriffe dokumentiert, die sich gegen politische Gegner*innen (2) der extremen Rechten, gegen queere Menschen (1), gegen obdachlose (2) und Menschen mit Behinderungen (1) richteten. Im Weitlingkiez wurde eine Frau beim Entladen ihres Autos massiv bedrängt und antimuslimisch-rassistisch beleidigt. In Wartenberg wurde eine Frau in Begleitung ihres Kindes vor einer Kindertagesstätte aus rassistischen Motiven angegriffen und beleidigt. Ein älterer Mann rempelte sie aggressiv an, sodass sie an der Schulter verletzt wurde und Schmerzen davontrug. Vorfälle wie diese belasten die Betroffenen über einen längeren Zeitraum und gehen oft mit einem bleibenden Bedrohungsgefühl einher. In diesen Fällen können Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt dabei helfen, die belastende Erfahrung zu verarbeiten.

Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien

Auch in diesem Jahr wurden mit 68 Meldungen mehr Bedrohungen und Beleidigungen dokumentiert (2022: 59), somit hat sich die Anzahl dieser in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Immer öfter melden Menschen Alltagsbeobachtungen, beispielsweise Bedrohungen in der S-Bahn oder beim Supermarkt. Weiterhin machen rassistische Bedrohungen über die Hälfte der Bedrohungsmeldungen aus. Die Zunahme von Vorfällen zeigt sich jedoch besonders stark im Bereich LGBTQI*-Feindschaft. Jugendliche, die auf dem Weg zum CSD waren, wurden im Juli am S-Bahnhof Lichtenberg von einer Person trans- und queerfeindlich beleidigt. Der Anstieg lässt sich neben gesteigerten antisemitischen auch bei der Bedrohungen von politischen Gegner*innen der extremen Rechten beobachten. Im März pöbelte ein Mann zunächst antiziganistische Beschimpfungen. Als sich zwei Personen einmischten, wurden sie als „Zacken“ beleidigt und mit einer Bierflasche bedroht.

Strukturelle Benachteiligungen

Strukturelle Benachteiligung bedeutet, dass bestimmte Gruppen von Menschen in der Gesellschaft Nachteile erfahren, weil die Strukturen, Regeln und Systeme in der Gesellschaft nicht gleich für alle sind. Sie entsteht nicht nur durch individuelle Handlungen,



LGBTIQ*-feindlicher Aufkleber in Lichtenberg
© privat

sondern auch durch die Art und Weise, wie Institutionen, beispielsweise Ämter oder Schulen, Gesetze und gesellschaftliche Normen gestaltet sind. Das Lichtenberger Register dokumentierte insbesondere im Bereich Rassismus (16) und Behinderung (14) strukturelle Benachteiligungen. Im vergangenen Jahr wurde beispielsweise einer Frau mit Migrationshintergrund die Ausstellung einer Geburtsurkunde für ihr Kind verweigert, obwohl sie alle Dokumente eingereicht hatte. Ein anderes Beispiel für strukturelle Benachteiligung ist, dass Menschen mit Behinderungen Schwierigkeiten haben, öffentliche Orte zu betreten, weil es keine Rampen oder Aufzüge gibt. Das liegt nicht daran, dass jemand absichtlich diese Menschen benachteiligt, sondern weil die Struktur der Orte nicht für ihre Bedürfnisse angepasst ist. Für Probleme sorgte beispielsweise

der Aufzug an der S-Bahnstation Storkower Straße, der über längere Dauer kaputt war und bei sommerlichen Temperaturen abgeschaltet wurde. Dadurch war die S-Bahnstation für geheingeschränkte und behinderte Personen nur unzureichend nutzbar.

Sachbeschädigungen

Im vergangenen Jahr wurde mit 31 Meldungen ein starker Anstieg von zielgerichteten Sachbeschädigungen beobachtet. Darunter befanden sich abgerissene Regenbogenfahnen vor Schulen oder Supermärkten, sowie die Schändung des Grabes der trans Frau Ella Nik Bayan. Ebenfalls wurden im Wahlkampf Plakate von den Linken und Grünen beschmiert. Mehrfach wurde das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus angegriffen, darunter der Gedenkstein für die alte Synagoge, das Denkmal für die Rote Armee oder das Denkmal für die Rote Kapelle. Denkmäler oder Regenbogenflaggen sind öffentliche Bekenntnisse zu den demokratischen Werten des Zusammenlebens. Dabei stehen sie einem extrem rechten Weltbild entgegen.

Veranstaltungen

Mit nur vier dokumentierten Veranstaltungen liegt die Anzahl der stattgefundenen Kundgebungen und Demonstrationen auf einem sehr niedrigen Niveau. Hierunter sind Verteilaktionen von „Der III. Weg“ gefallen. Die positive Botschaft lautet, dass keine andere Neonaziorganisation aktuell das Mobilisierungspotenzial besitzt, um in Lichtenberg Demonstrationen oder Kundgebungen abzuhalten. Das beharrliche Engagement von Lichtenberger Zivilgesellschaft und Lokalpolitik hat Neonaziaufmärsche und Kundgebungen der rechten Szene erfolgreich zurückgedrängt.

Exkurs

Der III. Weg und die „Nationalrevolutionäre Jugend“

„Der III. Weg“ ist derzeit die aktivste Neonazi-Organisation in Berlin. Es handelt sich hierbei um eine neonazistische Kleinstpartei, die personell mit jahrelang bekannten Neonazis, und ehemaligen Kadern der NPD besetzt ist. „Der III. Weg“ tritt gewaltorientiert auf und propagiert ein völkisches und neonazistisches Weltbild. Die örtlichen Schwerpunkte der Aktivitäten waren im vergangenen Jahr insbesondere in Pankow und Marzahn-Hellersdorf zu finden. Hier wurden mehrfach Jugendliche vor Jugendfreizeiteinrichtungen bedroht und Personen im öffentlichen Raum angegriffen. In Lichtenberg ist „Der III. Weg“ mit zwei Schulhofaktionen in Hohenschönhausen in Erscheinung getreten. Der Schwerpunkt der Organisation liegt momentan auf der Gewinnung neuer Jugendlicher für ihre Jugendorganisation „NRJ“ („Nationalrevolutionäre Jugend“). Jugendlichen werden Sport- und Freizeitangebote unterbreitet und damit gelockt, auf diese Weise Teil einer exklusiven Gemeinschaft zu werden. So soll ihr Interesse geweckt werden, um sie anschließend beeinflussen und anwerben zu können.

Die Handreichung zum Umgang mit der Partei „Der III. Weg“ vor der Schule kann hier heruntergeladen werden.



Propaganda des „III. Weg“ in Lichtenberg © privat

Ort der Vorfälle:

Bezirkswweit und Internet

Bezirkswweit haben wir Vorfälle dokumentiert, die zum Schutz der Betroffenen stark anonymisiert werden. Darunter sind beispielsweise rassistische oder ableistische Diskriminierungsfälle an Schulen, deren Veröffentlichung für die Betroffenen zusätzliche negative Konsequenzen hätte. Drohungen gegen Politiker*innen oder rassistisch-hetzende Beiträge in Facebook-Gruppen wurden dem digitalen Raum „Internet“ zugeordnet.

Neu-Hohenschönhausen

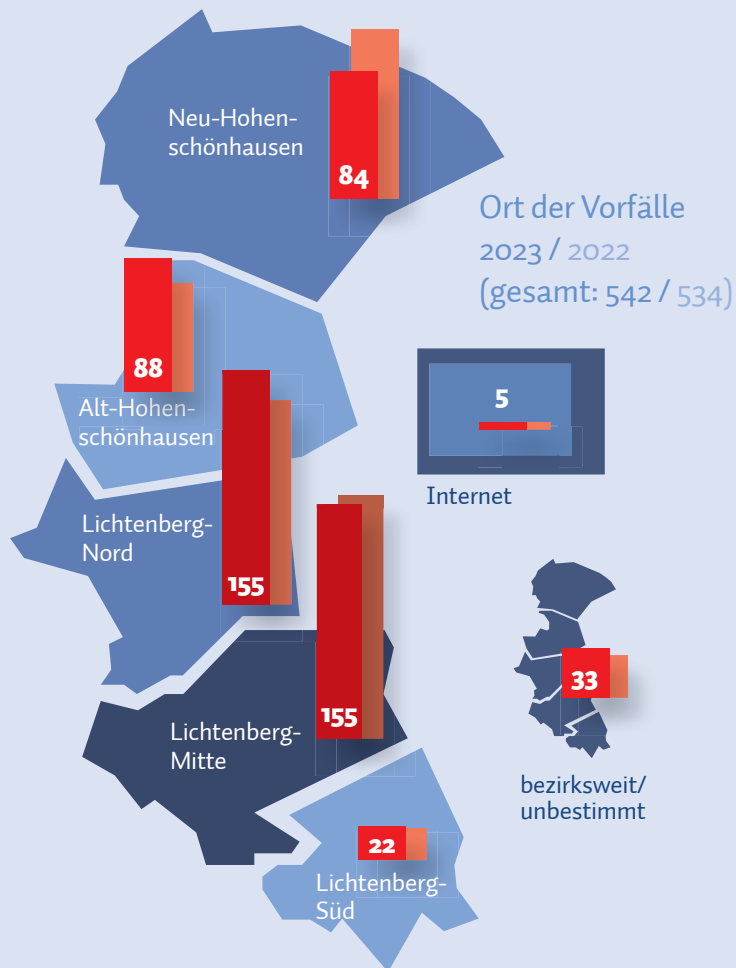
Der Rückgang von Vorfallmeldungen in Neu-Hohenschönhausen lässt sich nahezu ausschließlich im Bereich der Propaganda feststellen (2023: 84, 2022: 112). Betrachtet man jedoch die Vorfälle, die mit direkter Gewalt verbunden sind, ergibt sich ein anderes Bild. Weiterhin werden die meisten Angriffe in Neu-Hohenschönhausen verortet. In der Nähe einer Geflüchtetenunterkunft in Wartenberg, kam es zu mehreren rassistischen Bedrohungen. Im November wurde im Welsekiez eine 16-Jährige in Begleitung ihrer zwei jüngeren Geschwister von einem unbekanntem Mann verfolgt und rassistisch beleidigt. Der Mann drohte damit, der Jugendlichen das Kopftuch wegzunehmen. Ein Passant beobachtete die Situation und griff in das Geschehen ein und konnte Schlimmeres verhindern. Weiterhin melden Jugendfreizeiteinrichtungen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierungen engagieren, mehrfach Vorfälle von extrem rechter Propaganda in ihren Briefkästen oder auf dem eigenen Gelände. Diese dienen der Einschüchterung von demokratisch engagierten Akteur*innen.

Alt-Hohenschönhausen

In Alt-Hohenschönhausen wurde ein leichter Anstieg von Vorfallmeldungen dokumentiert (2023:88, 2022:72). Mehrere LGBTIQ*-feindliche Bedrohungen wurden dokumentiert, darunter eine Beleidigung gegen zwei queere Menschen in einem Geschäft in der Orankestraße. Weiterhin wird entlang der Konrad-Wolf-Straße viel extrem rechte Propaganda geklebt, insbesondere nach Spielen des BFC-Dynamo. Neonazis von „Der III. Weg“ finden sich regelmäßig unter den Zuschauern. Im Herbst 2023 wurden über Wochen fast täglich Hakenkreuze gemeldet, darunter auch am Denkmal für die Rote Armee in der Küstriner Straße. Positiv ist, dass diese Aktivitäten öfter wahrgenommen und an das Lichtenberger Register weitergegeben werden. Der Ortsteil ist in den vergangenen Jahren stark im Wandel, was sich auch in einer zunehmend breiteren Melder*innenschaft zeigt.

Lichtenberg Nord

Ein Drittel aller dokumentierten Vorfälle entfallen auf den Lichtenberger Teil nördlich der Frankfurter Allee (2023: 155, 2022: 135). Dort sind die Vorfälle zudem gestiegen. Zurückzuführen ist das insbesondere auf die gehäuften Meldungen extrem rechter Propaganda am Roederplatz. Die Graffitiwand an der Landsberger Allee wurde mehrfach von der Partei „Der III. Weg“ für propagandistische Graffiti- und Fotoaktionen genutzt. Im Juni bedrohte ein Neonazi eine Gruppe von



jungen Erwachsenen beim Verteilen von linken Plakaten. Im Stadtpark Lichtenberg wurden im September „Sieg Heil“-Rufe gehört. Unabhängig von der extremen Rechten wurden ein Drittel der strukturellen Diskriminierungen und Benachteiligungen in Lichtenberg Nord gemeldet.

Lichtenberg Mitte

Das weiträumige Gebiet mit dem Weitling- und Kaskelkiez, Rummelsburg und Friedrichsfelde bildet mit 155 dokumentierten Vorfällen weiterhin den Schwerpunkt der Meldungen, dass sich insbesondere bei den Bedrohungen zeigt. Weiterhin bleibt der Bahnhof Lichtenberg ein Hotspot für extrem rechte und diskriminierende Aktivitäten. Mehrfach erreichten rund um den CSD (Christopher Street Day) queerfeindliche Beleidigungen das Lichtenberger Register. So drohte im Juli in der Einbeckerstraße ein Mann einer entgegenkommenden Person Gewalt an und pöbelte dabei: „Du Schwuchtel - willst du eine in die Fresse?“. Dass der Bahnhof Lichtenberg auch für etwas anderes steht, zeigt auch ein Wandbild am Eugeniu-Botnari-Platz, das im Sommer entstandenen ist, sich gegen Rassismus ausspricht und Todesopfern rechter Gewalt gedenkt.

Lichtenberg Süd

Mit 22 gemeldeten Vorfällen bleibt das Vorfallaufkommen in Karlshorst auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie 2022 (2022: 21). Im Zuge des Wahlkampfs wurden Plakate am Odessaplatz mehrfach beschmiert und es wurden Falschinformationen über die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ verbreitet.

Exkurs

Brände in Hohenschönhausen

Rückblick: Im Mai 2023 kam es zu einem Prozess gegen einen jungen Mann aus Hohenschönhausen. Er stand im Verdacht, den Keller seines eigenen Wohnhauses angezündet zu haben. Im Prozess wurde von mehreren Personen bestätigt, dass der Angeklagte extrem rechtes und rassistisches Gedankengut teilt. Er gestand, Drohschreiben verfasst zu haben, die im Zusammenhang mit den Bränden standen. In den Drohschreiben werden Terroranschläge ankündigt, sollte die „Flüchtlingswelle“ nicht gestoppt werden. Die Brandstiftung im eigenen Wohnhaus konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Verurteilt wurde er wegen des Zeigens eines Hitlergrüßes, dem Tragen von Dienstuniformen der Polizei und dem Verfassen und Verteilen zweier Drohschreiben.

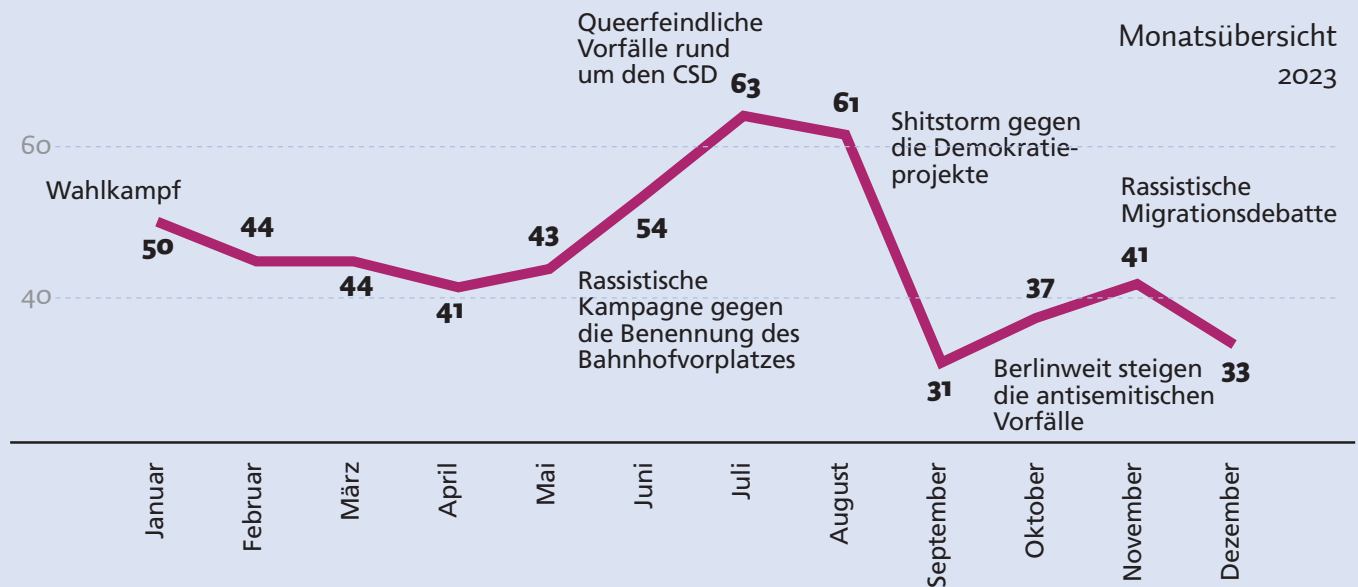
Über 20 Kellerbrände wurden seit Ende 2022 im Umfeld des S-Bahnhof Hohenschönhausen beobachtet. Ermittelt wird wegen Brandstiftung, und ein Prozess gegen weitere Verdächtige steht aus. Sie stehen zudem im Verdacht, einen Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft geplant zu haben. Die Bedrohungssituation für migrantische Bewohner*innen in Neu-Hohenschönhausen zeigt sich exemplarisch an einem Vorfall im Sommer 2023. Eine junge Frau aus Hohenschönhausen wurde mehrfach rassistisch bedroht, und die Bedrohung gipfelte darin, dass unter ihrer Wohnungstür ein brennendes Stück Papier durchgeschoben wurde. Die Familie, die bereits von den Kellerbränden betroffen war, bemerkte den Brand glücklicherweise rechtzeitig.

Fazit

Im Rückblick auf das vergangene Jahr lässt sich zeigen, dass die Vorfälle in Resonanz mit politischen Ereignissen stehen. Beispiele hierfür sind der Wahlkampf, die gestiegenen antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober oder die gesteigerten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle die mit einer queeren Sichtbarkeit rund um den CSD (Christopher Street Day) einhergehen. Gleichzeitig lässt sich auch zeigen, dass die Schwankungen auf ganz praktische Einflüsse zurückzuführen sind. Angriffe und Bedrohungen häufen sich im Sommer, wenn viele Menschen im öffentlichen Raum aufei-

nantertreffen. Im Winter hingegen sinkt insbesondere die Anzahl der Propagandameldungen - bei kaltem und nassem Wetter wird weniger geklebt.

Im berlinweiten Vergleich liegt Lichtenberg nach dem Bezirk Mitte an zweiter Stelle bei den Vorfallszahlen. Die Vorfälle in Lichtenberg zeigen, dass sich der Kampf um Deutungshoheit über gesellschaftliche Veränderungsprozesse nicht nur im Internet abspielt, sondern reale Auswirkungen auf den Alltag unterschiedlicher Menschen im Bezirk hat.



Jahresberichte des Berliner Registers

Jährlich veröffentlichen die Berliner Registerstellen ihren gemeinsamen Jahresbericht. Sie enthalten Einschätzungen und Statistiken zu den zwölf Berliner Bezirken, ergänzt durch Analysen zur Situation in Berlin und Texten zu der Entwicklung im klassischen Neonazismus und zur „Neuen“ Rechten, Vorstellungen von Kooperationspartner*innen und weitere Register-relevanten Themen.

Digital nachzulesen sind sie hier:
berliner-register.de/publikationen

